

# Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 27

Ercheint Sonntags.  
Bezugspreis vierteljährlich 1,50 Mk. Nur Postbesug.  
Bestellung bei allen Postanstalten.

Berlin, den 26. Juni 1932

Gedächtnisliste: Berlin G2, Neuer Markt 8—12 IV.  
Fernruf: Berlin 62, Kupfergraben 1129.  
Anzeigen werden nicht aufgenommen.

48. Jahrgang

## Vorboten des dritten Reichs.

Die Beseitigung des Kontrollorganes aller Regierungsmaßnahmen und der gesetzgebenden Körperschaft des Reiches durch die Auflösung des Reichstages war die erste Tat der im Kabinett von Papen vereinigten Hitler-Barone, ein ungeheurer Raubzug auf die Taschen der gesamten Arbeiterschaft ist die zweite.

Die Notverordnung vom 14. Juni bringt eine so gewaltige neue Belastung für den Arbeiterhaushalt unter dem Deckmantel der „Erhaltung der Arbeitslosenhilfe und der Sozialversicherung“, daß sie alles auf diesem Gebiete bereits Dagewesene weit in den Schatten stellt. Es scheint, daß sich der Reichszankler seine Duldung durch die Faschisten damit sichern will, daß er „dem Pakt die Zähne zeigt“, wie es ihm Himperl Wichtig, der Reichspropagandaleiter der Nazis, anempfahl. Den Massen des Volkes werden durch die neue Notverordnung rund anderthalb Milliarden Mark neue Opfer auferlegt, während sich zur gleichen Zeit die von der Arbeiterschaft einmütig abgelehnte Regierung des Herrn von Papen schützend vor die Geldschränke der Besitzenden stellt. Deren „Opfer“ in Höhe von rund 45 Millionen Mark vermehrter Krisensteuer steht ein Geschenk von rund 100 Millionen Mark abgebauter Sondervermögenssteuern für Großbetriebe (Aufbringungsumlage) gegenüber. Dem Arbeitslosen, Unfall- und Kriegsverletzten, dem Kurzarbeiter, den Altrentnern und -pensionären wird wieder ein Stück Brot aus der Hand geschlagen, damit sich die Großverdiener und Generalpensionäre auch weiterhin ihrer ungekürzten Einnahmen erfreuen können! Am 31. Juli muß der von Hitlers Gnaden lebenden Papen-Regierung die Quittung für diese unerhörte Belastung des werktätigen Volkes ausgestellt werden. Kein Arbeiter, der von den Bestimmungen der Notverordnung betroffen wird, keine Arbeiterin kann da zurückstehen, wenn es gilt, dem gegen die Gesamtarbeiterschaft gerichteten Kurs des Adelskabinetts Einhalt zu bieten. Die Notverordnung bringt einen Vorgeschmack von dem, was der Arbeiterschaft im Dritten Reich der Nationalsozialisten blühen soll. Der Stimmzettel in der Hand des um seine wirtschaftliche, politische und geistige Freiheit ringenden Volkes muß zu einer vernichtenden Niederlage des dem deutschen Geistesleben wessensfremden Faschismus und seiner Vorreiter, der derzeitigen Reichsregierung, werden. Daran sollen auch die Drohungen mit der Beseitigung der freien Meinungsäußerung nichts ändern, die heute schon vorsorglich in Erwägung gezogen werden.

Der Inhalt der Notverordnung ist folgender:

In der Invaliden-, Angestellten- und Knappschafts-Versicherung werden die Leistungen ganz allgemein auf den Stand von 1927 zurückgesetzt. Im Durchschnitt ergibt sich eine Rentenkürzung um 15 Prozent, auch bei den Unfallrenten.

In der Invalidenversicherung werden die alten Renten um 6 Mark pro Monat, bei den Witwen um 5 Mark und bei den Waisen um 4 Mark gekürzt, und bei den neuen Renten wird der Grundbetrag um 7 Mark pro Monat abgebaut, der Kinderzuschuß um 2,50 Mark. Der Anteil der Witwen- und Waisenrenten an der Hauptrente — bisher sechs bzw. fünf Zehntel — wird auf fünf Zehntel bzw. vier Zehntel herabgesetzt.

Auch die Versorgung der Kriegsoffer ist stark gedrosselt worden. Ledigen und kinderlosen Kriegsbeschädigten mit einer Erwerbsfähigkeit bis zu 50 Prozent wird die Rente um 20 Prozent abgebaut. Hierdurch sollen 45 Millionen Mark pro Jahr eingespart werden. Um den geschädigten Kriegsoffern die Berufung gegen diese Maßnahmen unmöglich zu machen, wird diese durch Einführung einer Verwaltungsgebühr außerordentlich verteuert.

Das Kernstück der neuen Notverordnung ist der ungeheuerliche Raub an den Unterstützungsfähigen der Erwerbslosen, denen insgesamt 520 Millionen Mark genommen werden sollen. Die Regierung rechnet mit einem Durchschnittsjahr von 5,95 Millionen Arbeitslosen im Jahr. Die Notverordnung droffelt die Unterstützungsleistungen um durchschnittlich 23 Prozent und führt die Bedürftigkeitsprüfung bereits nach sechs Wochen (!) — bisher nach zwanzig Wochen — ein, was praktisch einer Beseitigung der Versicherungseinrichtung gleich-

## Geschlossene Gewerkschaftsfront gegen Notverordnung

Die gewerkschaftlichen Spitzenverbände aller Richtungen veröffentlichen zur neuen Notverordnung folgende Erklärung:

„Die unterzeichneten gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen stellen einmütig fest, daß die in der Notverordnung enthaltenen Lössmaßnahmen und Neubelastungen die schlimmsten Befürchtungen, die die gesamte deutsche Arbeitnehmerschaft auf Grund der programmatischen Erklärung der Reichsregierung hegen mußte, weit übertreffen. Damit hat sie den Kampf aufgenommen gegen die sozialen Einrichtungen des Staates, den sie als „soziale Wohlfahrtsanstalt“ bezeichnet hat. Dieser Angriff muß von den Gewerkschaften der Arbeiter, Angestellten und Beamten als eine Herausforderung empfunden und mit Entschiedenheit zurückgewiesen werden.

Die unter größten Opfern von den Arbeitnehmern aufgebauten sozialen Versicherungseinrichtungen sind in ihren Grundlagen bedroht. Die Arbeitslosenversicherung ist praktisch beseitigt. Die Arbeitslosen werden rücksichtslos der „Armenpflege“ überlassen. Die steuerlichen

Neubelastungen sind vornehmlich den leistungsschwachen Schichten auferlegt.

Kein Arbeitsbeschaffungsplan, auch sonst kein aufbauender, in die Zukunft weisender Gedanke, der eine Besserung der furchtbaren Wirtschaftslage und ein Ende der immer fortschreitenden Verelendung des Volkes erhoffen läßt, ist zu erkennen.

Die Gewerkschaften wissen, daß die Not der Zeit Opfer fordert. Aber sie verlangen im Geist wahrer Volksgemeinschaft eine sozial gerechte Verteilung unvermeidbarer Lasten. Ein Staat, der sich in erster Linie zum Schutze des Besitzes bereit findet, verkennet seine vornehmste nationale Aufgabe.

Die Gewerkschaften appellieren an alle Kräfte in Staat und Volk, denen die Einheit des Volkes und das Wohl der Gesamtheit am Herzen liegt, sich mit ihnen in der Bekämpfung dieses sozialen Unrechts zu vereinen. Sie sind entschlossen, ihre ganze Kraft einzusetzen, um den breiten Massen des Volkes wieder den Lebensraum zu verschaffen, der die unerläßliche Voraussetzung für die Gefundung von Wirtschaft und Staat ist.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.

Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften.

Gewerkschaftsring deutscher Arbeitnehmer- und Angestelltenverbände.

Allgemeiner freier Angestelltenbund.

Allgemeiner Deutscher Beamtenbund.

Gesamtverband deutscher Verkehrs- und Staatsbediensteter.

kommt. Hierdurch sollen 180 Millionen Mark eingepart werden.

In der Krisenunterstützung wird die Hilfsbedürftigkeitsprüfung unbeschränkt eingeführt. Außerdem tritt eine Kürzung der Leistungen um 10 Prozent ein. Die Einsparung beträgt hier 117 Millionen Mark.

Die um 15 Prozent gesenkten Wohlfahrtsätze werden als Höchstätze eingeführt, womit weitere 67 Millionen auf Kosten der Arbeitslosen eingepart werden. In der kommunalen Wohlfahrtsunterstützung werden durch den Abbau der Unterstützungsleistungen 148 Millionen Mark erspart. Die gekürzten Sätze der Wohlfahrtsunterstützung sollen zugleich die Höchstätze für die Krisenunterstützung sein.

Da das Reich seine Zuschüsse für die Arbeitslosen beschränkt, muß es, um den Etat durchzuführen, noch 400 Millionen Mark an neuen Steuern aufbringen. Diese 400 Millionen Mark werden in Gestalt einer Beschäftigtensteuer nur auf Arbeiter, Angestellte und Beamte abgewälzt. Die Beschäftigtensteuer wird von dem Bruttoarbeitsentlohn erhoben, das für die Zeit vom 1. Juli 1932 bis zum 31. Mai 1933 gewährt wird. Dieser Steuer unterliegen alle Lohn- und Gehaltsempfänger und alle Personen deutscher Staatsangehörigkeit, die Ruhegeld oder ähnliche Bezüge haben. Unter die Steuer fallen weiter Renten, wenn sich Reich usw. oder eine sonstige Körperschaft des öffentlichen Rechts an der Ausbringung beteiligt. Befreit sind Lehrlinge und das „Arbeitsentgelt für vorübergehende Dienstleistung“ und „für geringfügige Beschäftigung“. Die Abgabe beträgt: bei einem Arbeitseinkommen bis zu 125 Mk. monatlich 1,5 Proz., bis zu 300 Mk. 2,5 Proz., bei einem Arbeitseinkommen zwischen 300 und 700 Mk. für die ersten 300 Mk. 2,5 Proz., für die weiteren Beträge 5,75 Proz., bei einem Arbeitseinkommen zwischen 700 Mk. und 3000 Mk. von den ganzen Bezügen 5,75 Proz. und sofern das Arbeitseinkommen den Betrag von 3000 Mk. übersteigt, beträgt die Abgabe 6,5 Proz. Die Abgabe für Beamte, Angestellte und Arbeiter des Reiches, der Länder, der Gemeinden und sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts, wird auf 1,75 Proz. festgesetzt.

Diese neue Beschäftigtensteuer bringt also eine zusätzliche Belastung in der Form, daß die bei der bisherigen Krisenlohnsteuer erhaltene Freigrenze bis zu 1500 Mk. Lohnneinkommen im Jahr wegfällt.

Während also sämtliche Arbeitnehmer, die schon durch mehrfachen Lohnabbau und Kurzarbeit in ihrem Lebensstand außerordentlich geschädigt wurden, mit einer zusätzlichen Steuer belastet werden, verschont die neue Notverordnung die besitzende Klasse mit diesen erhöhten Lasten. Die hohen Einkommen werden überaus schonend behandelt. Sie haben nur im Januar 1933 eine weitere Rate ihrer seitherigen Krisensteuer zu zahlen, doch ohne die zusätzliche Belastung, die den Arbeitern, Angestellten und Beamten zugemutet wird.

Neben diesen direkten Belastungen des Arbeiterhaushalts traten einige indirekte, so die Wiedereinführung der Salzsteuer in Höhe von 6 Pfennig pro Pfund, die Ausdehnung der Umsatzsteuer auch auf den kleinen Handel, der seither bis zu einem Umsatz von 5000 Mk. steuerfrei war. Diese Steuerfreiheit ist aufgehoben. Für die Kirchensteuer wird die Pfändungsgrenze beseitigt, so daß Arbeitseinkommen unbeschränkt pfändbar sind.

Ueber die Arbeitsbeschaffung enthält die Notverordnung nur leere Worte, sie sieht lediglich eine Anzahl Pläne vor, deren Finanzierung jedoch völlig in der Luft hängt. Die einzig positiven Bestimmungen gelten für Woh-

nungsreparaturen und Wohnungsteilungen. Die Reichsregierung will die zu diesem Zweck aufgenommenen Darlehen durch Zuschüsse verbilligen und ferner Bürgschaften aus derartigen Darlehen übernehmen. Außerdem wird bei der Arbeitsbeschaffung die Planung von Straßenbauten, Wasserbauten und Meliorationen erwähnt, ohne daß Richtlinien für die Finanzierung gegeben werden. Auf alle Fälle soll der freiwillige Arbeitsdienst zu diesen Arbeiten in größerem Umfang herangezogen werden. Für den freiwilligen Arbeitsdienst hat die Regierung in den Etatsentwurf für 1932 20 Millionen und für die landwirtschaftliche Siedlung 50 Millionen Mark neu eingestellt. Für die Finanzierung eines wirksamen Arbeitsbeschaffungsprogramms kommen diese Beträge natürlich nicht in Frage.

### Der Ausschuß des ADGB.

trat am 14. Juni zu seiner 7. Tagung zusammen, um in der Hauptsache Stellung zu nehmen zu der programmatischen Erklärung der neuen Reichsregierung. Eingeleitet wurden die Beratungen mit einem Gedanken des verstorbenen Direktors des Internationalen Arbeitsamts, des Genossen Albert Thomas, sowie des langjährigen Angestellten im Bundesvorstand, August Kuitz, der vor seinem Eintritt in das Bundesbüro langjähriger Redakteur der „Metallarbeiter-Zeitung“ gewesen war.

Der sich anschließende Bericht des Bundesvorstandes behandelte die Ereignisse der letzten Monate. Genosse Seipart gab Kenntnis von den verschiedenen Verhandlungen der Spitzenorganisationen aller Richtungen mit dem Kabinett Brüning über die Arbeitsbeschaffung und die geplanten Notverordnungen, in denen die Stellung der Gewerkschaften zu diesen Dingen scharf präzisiert worden ist. Die Regierung Brüning hatte nach ihrem Sturz in einer besonderen Erklärung darauf hingewiesen, daß sie ein Arbeitsbeschaffungsprogramm zur Beschäftigung von 800 000 Arbeitslosen vorbereitet und auch die Finanzierungsfrage bereits geklärt habe. Seipart mußte berichten, daß die Gewerkschaftsvertreter in den Verhandlungen mit der Regierung nicht den Eindruck gewonnen hatten, daß die Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms baldigst in Angriff genommen werden würde, so sehr sich auch die Gewerkschaftsvertreter dafür eingesetzt hatten. Der Bundesvorstand wird selbstverständlich an seinem Programm der Arbeitsbeschaffung festhalten und dieses auch der neuen Papen-Regierung gegenüber vertreten.

Die programmatische Erklärung dieser Regierung fand scharfe und einmütige Zurückweisung. Der eingeschlagene „neue Kurs“ fordert den einmütigen Kampf aller Gewerkschaftsrichtungen heraus. (Die hierzu beschlossene Kundgebung des Bundesausschusses konnten wir bereits in der letzten Nummer der „Buchbinder-Zeitung“ unseren Mitgliedern zur Kenntnis bringen.)

Seipart ging sodann auf den bevorstehenden Wahlkampf ein, dessen Bedeutung für die gesamte Arbeiterbewegung jedem zum Bewußtsein kommen müsse. Es wird ein Wahlkampf werden, wie wir ihn noch nie zu führen hatten. Darum muß die gesamte Arbeiterbewegung alle Kräfte anspannen, um diesen Schicksalskampf des deutschen Volkes zu bestehen. Es geht in diesem Wahlkampf um die Existenz der Arbeiterbewegung in allen ihren Teilen.

Der Bericht Seiparts wurde ergänzt durch Mitteilungen über Beschlüsse und Maßnahmen der in der Eisernen Front zusammengeschlossenen Organisationen. Dringend erforderlich ist, die herausgegebenen Freiheitsmärkte in großem Maße abzugeben, da mit diesen die Mittel zur Führung des Wahlkampfes aufgebracht werden müssen. Einmütig war die Auffassung des Bundesausschusses, daß an die Bildung einer „Einheitsfront“ mit den Anhängern der KDP. und der SAP. so lange nicht gedacht werden könne, so lange diese Splittergruppen ihren Kampf gegen die Gewerkschaften — und sei es auch nur für die Zeit des Wahlkampfes selbst — nicht einstellen. Die Propaganda für die Einheitsfront bezwecke nichts anderes, als unter dieser Parole in die heute noch geschlossene Front der Gewerkschaften

einzubringen. Die Haltung des Bundesausschusses soll jedoch nicht bedeuten, daß die Gewerkschaften dem ehrlichen Einheitsstreben, das sich in der Arbeiterchaft bemerkbar macht, nicht ein sehr aufmerksames Ohr schenken werden.

In der Aussprache wurde weiter mit großem Ernst auf die politische Situation hingewiesen. Die Arbeiterchaft müsse ihre ganze Macht bis zum äußersten einsetzen, um die drohenden Gefahren zu bannen, die ihr von der reaktionärsten aller Regierungen drohen. Die Gewißheit, daß die Arbeiterbewegung in allen ihren Zweigen ihren Feinden auf die Dauer an innerer Geschlossenheit und geistiger Schöpferkraft überlegen ist, bilde den Grundton der Aussprache. Einig war der Bundesausschuss in Erkenntnis der Notwendigkeit, alle Machtmittel der Arbeiterbewegung in dem uns bevorstehenden schwersten aller Kämpfe einzusetzen. Seipart schloß die Aussprache mit den Worten: „Die Kampffront ist klar und eindeutig. Das Bewußtsein dieser Tatsache wird der Energie und der Schwerkraft der Gewerkschaften neuen Auftrieb geben.“

Ueber die Arbeitshilfe für die erwerbslose Jugend, mit der sich die Bundesausschussführung zum Schluß noch beschäftigte, berichten wir noch besonders.

### Die Tarifverhandlungen mit den Großbuchbindereien.

Am 26. der „Buchbinder-Zeitung“ berichteten wir über das Ergebnis der Manteltarifverhandlungen mit dem ADGB. und sagten, daß die Annahme deselben abhängig gemacht würde von einer Einigung über den neuen Reichsakkordlohnstarif.

Diese Verhandlungen über den Reichsakkordlohnstarif begannen am 30. Mai, sie wurden am 16. Juni beendet. Dreizehn volle Tage saßen zahlreiche Vertreter unserer Organisation mit den Vertretern des Verbandes Deutscher Buchbindereibesitzer zusammen, um zu einer Verständigung zu kommen. Leider ist bis zu der Stunde, in der wir diese Zeilen schreiben, trotz allergrößter Bemühungen unserer Unterhändler noch immer eine endgültige Entscheidung nicht zustande gekommen.

Daß es in diesem Jahre im Streit um die zukünftige Regelung der Akkordbedingungen besonders hart hergehen würde, konnte von allen Kennern der Verhältnisse vorausgesehen werden. Schon am Tage der Eröffnung der Verhandlungen wurde durch den Sprecher der Unternehmer mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht, daß man nicht geneigt sei, den bisherigen Zustand beizubehalten. Für die Großbuchbindereien seien die heutigen Akkordbedingungen einfach nicht mehr zu ertragen. Seine Ursache habe das zu einem Teil darin, daß Aufträge, die früher in der Großbuchbinderei hergestellt wurden, in andere Betriebe abgewandert seien. Es sei für die Großbuchbindereien ein unmöglicher Zustand, daß die Gewerkschaft mit anderen Arbeitgeberverbänden der Papier verarbeitenden Industrie Verträge abschließen, in denen irgendwelche Bindungen in bezug auf Männer- und Frauenarbeit nicht gegeben seien, während in den Großbuchbindereien mit Argusaugen darüber gewacht werde, daß die vor Jahrzehnten festgelegten Bestimmungen über die Trennung der Männer- und Frauenarbeit lückenlos erhalten bleiben. In den letzten Jahren habe auch die Auslandskonkurrenz einen Umfang angenommen, der die deutschen Betriebe zwingt, auf die veränderten Verhältnisse Rücksicht zu nehmen. Die Allgemeinverbindlichkeit des Tarifvertrages habe ebenfalls nicht das gebracht, was man sich von ihr versprochen hätte. Während in anderen Industriezweigen die Verdienste der Akkordarbeiter 10, 15 und 20 Proz. über den Zeitlohn ständen, seien bei uns zahlreiche Akkordarbeiter auf Grund der tariflichen Bestimmungen in der Lage, Verdienste zu erzielen, die in gar keinem Verhältnis zum Zeitlohn ständen. Das sei zu einem Teil darauf zurückzuführen, daß in den letzten Jahren der Akkordtarif ausgebaut wurde lediglich zugunsten der Arbeitnehmererschaft. Es sei kaum noch eine Arbeit vorhanden, für die nicht besondere Schwierigkeitszuschläge vorgesehen seien. Man müsse deshalb unternehmensseitig fordern, daß eine völlige Neugestaltung des Vertrages vorgenommen werde. Die Schwierigkeitszuschläge müßten abgebaut werden. Eine Reihe von Arbeiten, die bisher von Männern gemacht wurden und die sich für die Frauenhand sehr gut

eigneten, müßten für Frauen freigegeben werden. Die seitherige Bogenberechnung, nach der der Bogen bis zum Format 14 acht Blatt zählt, ab Format 15 aber nur vier Blatt, müsse beseitigt werden. Der heutige Zustand bringe es mit sich, daß ein Buch im Format 15 fertigzumachen oder zu broschüren 60 bis 90 Proz. mehr koste als im Format 14. Solche Dinge seien unfsinnig und für den Außenstehenden einfach nicht begriffbar. Daraus ergäben sich so hohe Bindepreise, daß das Gesamtgewerbe darunter leiden müsse.

Der bisherige Abschlag auf den Akkordtarif von 12 Proz. müsse auf 20 Proz. erhöht werden. Die im Tarifvertrag festgelegten Mengenrabatte müßten auf alle Arbeiten Ausdehnung finden.

Das seien die grundsätzlichen Forderungen, die in den Vordergrund gestellt werden müßten.

Auf diese umfangreichen Darlegungen des Unternehmersvorstehenden wurde durch den Sprecher unserer Delegation die notwendige Antwort erteilt. Unser Sprecher führte aus, daß man auf Gewerkschaftsseite durchaus nicht vertenne, daß die Betriebe sich zur Zeit in keiner rofsigen Lage befinden. Man vertenne auch nicht, daß die ausländische Konkurrenz durch ihre Preisunterbietungen den deutschen Betrieben schweren Schaden zufüge. Man wolle auch zugeben, daß in verwandten Industriezweigen der Papierverarbeitung die Arbeitsbedingungen in bezug auf die Trennung der Männer- und Frauenarbeit für die Arbeitgeber günstiger seien als in den Großbuchbindereien. Man könne aber unter keinen Umständen gelten lassen, daß sich die Arbeitnehmer in einer günstigeren Position befinden als die Betriebsinhaber. Die Arbeitsintensität habe in den letzten Jahren eine Steigerung erfahren, die früher kein Mensch für möglich gehalten hätte. Durch den Rückgang der Aufträge sei die Verdienstmöglichkeit des einzelnen bis auf ein Minimum eingeschrumpft. Angesichts des Rückgangs der Aufträge könne man im Lager der Gewerkschaften sich unter keinen Umständen damit einverstanden erklären, daß alle die Arbeiten, die seit Jahrzehnten als Männerarbeit angesehen wurde, nunmehr zur Frauenarbeit gestempelt werden sollten. Ein solches Beginnen werde auch noch den kleinen Rest von Gehilfen, die im Betrieb ständen, zur Arbeitslosigkeit verurteilen. Es sei auch nicht richtig, daß die Einführung der Schwierigkeitszuschläge die Ursache dafür sei, daß in manchen Fällen noch verhältnismäßig gute Verdienstmöglichkeiten beständen. Die Schwierigkeitszuschläge seien deshalb eingeführt worden, weil man sich im Unternehmerlager in den letzten Jahren geweigert habe, die Grundpositionen des Tarifs zu erhöhen. Von der Ausdehnung der Mengenrabatte auf alle Arbeiten könne gar keine Rede sein, da von wirklichen Mengen von Aufträgen zur Zeit nicht mehr gesprochen werden könne. Die Verhältnisse einzelner Betriebe in Berlin können nicht maßgebend sein für das Gros der Buchbindereien. Man sei, so sagte der Sprecher unserer Vertreter, geneigt, in ernstliche Beratungen über die zukünftige Gestaltung des Akkordtarifs einzutreten. Ferner sei man geneigt, etwaige Fehler im Tarif zu bereinigen. Man könne sich auch denken, daß die bisherige Bogenberechnung umgeändert werde, doch sei dabei Voraussetzung, daß die Verdienstmöglichkeiten des einzelnen Arbeiters keine wesentliche Herabsetzung erfahren. Wenn aber all das durchgeführt werden solle, was in den Anträgen der Unternehmer niedergelegt sei, müsse auch auf Gewerkschaftsseite das Interesse an dem Tarifvertrag völlig zum Teufel gehen.

Nach diesen allgemeinen Ausführungen wurden sich die beiderseitigen Vertreter dahin einig, in die Einzelberatung der gestellten Anträge einzutreten. Aus den Anträgen der Unternehmersvorschlüge greifen wir zunächst einige der wichtigsten heraus. Es wurde gefordert:

I.

Der bisher gültige Akkordlohnabschlag von 12 Proz. ist auf 20 Proz. zu erhöhen unter Zugrundelegung des jetzigen Spitzenlohnes von 0,89 Mk. für Ortsklasse II.

IV.

a) Alle Schwierigkeitszuschläge sind zu bewerten als ein Ausgleich für einen entsprechenden Zeitverlust und deshalb nur dann angebracht, wenn der Grundpreis nicht ausreicht, die Ziffer 25 des Manteltarifs zu erfüllen.

b) Es hat sich herausgestellt, daß die abnormen Ueberverdienste in der Hauptfache auf die überhöhten Schwierigkeitszuschläge zurückzuführen sind. Die Ursache dafür ist in der Tatsache zu suchen, daß

bei den Tarifberatungen der letzten Jahre die Grundpreise teilweise bis zu 25 Proz. erhöht wurden, die Schwierigkeitszuschläge dagegen sind in der alten Höhe beibehalten worden. Wir beantragen daher eine Herabsetzung sämtlicher Schwierigkeitszuschläge nach folgendem Schema:

von 100	Proz.	auf 60	Proz.
" 75	"	" 40	"
" 60	"	" 33 1/2	"
" 50	"	" 30	"
" 33 1/2	"	" 20	"
" 25	"	" 15	"
" 20	"	" 12 1/2	"
" 15	"	" 10	"
" 10	"	" 5	"

Zuschläge von 5 Proz. und darunter fallen ganz weg.

Die bisherigen Mengenabzüge resp. Mengenrabatte werden neu festgesetzt und auf alle Abteilungen des Tarifs erweitert, und zwar von 1500 Auflage an.

VII.

a) Zu Ziffer 3 des Allgemeinen Vorwortes wird beantragt: Die Bestimmung, daß ab Format 15 4 Blatt = 1 Bogen zählen, ist zu streichen. Die jetzt erzielten Preise liegen ab Format 15 mindestens 60, teilweise aber auch 100 Proz. über denen von Format 14.

b) Unter Doppelbogen ist stets ein Bogen von mindestens 32 Seiten zu verstehen.

XI.

Die ganze Abteilung 20) Einstecken (für Gehilfen) ist für Mädchen freizugeben mit einem 40prozentigen Abzug.

XII.

Abteilung 65: Fäzeln (für Gehilfen). Die ganze Abteilung ist für Mädchen freizugeben mit einem 40prozentigen Abzug.

Außer diesen Sonderanträgen der Unternehmer lag der Verhandlungskommission eine besondere Vorlage auf Abänderung des Vertrages vor, die nicht weniger als 68 Änderungsanträge enthielt. Ueber alle diese Dinge, die im einzelnen hier unmöglich aufgeführt werden können, wurde, wie eingangs bemerkt, 13 Tage lang verhandelt. Zahlreiche Anträge der Unternehmersvorlage wurden im Verlaufe der Verhandlungen zurückgezogen. Dagegen hatten sich unsere Vertreter bereit erklärt, in Rücksicht auf die gegenwärtige Lage mancherlei Konzessionen zu machen. Abgelehnt wurde auf das Entschiedenste, den Akkordabschlag von 12 auf 20 Proz. festzusetzen. Abgelehnt wurde auch in bezug auf die Mengenrabatte, den heutigen Zustand zu erweitern. Weiter mußte abgelehnt werden, einen großen Teil der Gehilfenarbeit zur Frauenarbeit zu machen.

Einerstanden dagegen erklärte man sich damit, daß der seitherige Tarif für Reklamearbeiten erweitert wird. Ferner erklärte man sich einverstanden mit dem Abbau einer Reihe von Schwierigkeitszuschlägen. Auch in bezug auf das Beschneiden von Broschüren haben unsere Vertreter Zugeständnisse gemacht. Ebenso erklärte man sich auf unserer Seite bereit, in der Frage der Bogenberechnung den Wünschen der Unternehmer in einem gewissen Umfange Rechnung zu tragen. Bei der Abteilung 65, Fäzeln, wurde vereinbart, daß das Blockfäzeln aller Art zukünftig Frauenarbeit sein soll.

Neben diesen besonders erwähnten Dingen wurden noch zahlreiche andere Änderungen vorgenommen, auf die wir jedoch im Rahmen dieses Berichtes nicht einzugehen vermögen. Zum Schluß jedoch konnte eine Einigung nicht erzielt werden über eine für beide Teile sehr wichtige Frage, die die Abteilung des Fertigmachens im Tarif betraf. Die Unternehmer forderten, daß zukünftig das Fadenabschneiden an Büchern von Frauen gemacht werden solle, wenn es sich um Arbeiten handelt, mit denen der Fertigmacher selbst nicht in Berührung komme, dann also, wenn bei Büchern Fäden abgeputzt werden sollen, die in der Fertigmachmaschine verarbeitet werden. Dagegen sollten die übrigen Bestimmungen des Vertrages unverändert fortbestehen. Die Unternehmer forderten dann zum

Schluß auch noch, daß der vorgefehene Abschlag von 12 Proz. auf alle Preise zukünftig 20 Proz. betragen solle. Da über diese beiden und einige noch unwesentliche Punkte eine Einigung nicht erzielt werden konnte, mußten die Verhandlungen am 16. Juni beendet werden mit der Feststellung, daß nunmehr die beiderseitigen Verbandsvorstände die Entscheidung zu treffen hätten.

Wie nun letzten Endes die Entscheidung ausfallen mag, steht bei Abschluß dieser Nummer unserer Zeitung noch nicht fest. Wir werden darüber noch berichten.

INTERNATIONALES

Schweden.

Nach dem Jahresbericht für 1931 erhöhte sich die Anzahl der Zweigvereine des schwedischen Verbandes von 35 auf 43, die Mitgliederzahl erlitt jedoch einen kleinen Rückgang von 5373 auf 5296. 86 Mitglieder meldeten sich infolge Berufswechsels zu anderen Verbänden ab. Unter den Mitgliedern befinden sich 3661 Kolleginnen. Der Verband hatte insgesamt 619 arbeitslose Mitglieder. Der Durchschnitt der Arbeitslosigkeit hat sich gegenüber dem Vorjahre zwar um 50 Proz. erhöht, doch im Verhältnis zur Mitgliederzahl beträgt er nur 11,6 Proz. Aus der Verbandskasse wurden 77 000 Kronen für Arbeitslosenunterstützung ausgezahlt. — Außerdem wurden 16 Mitglieder aus einem gesondert verwalteten Tuberkulosefonds mit 1850 Kronen unterstützt. Dieser Fonds wird nur aus freiwilligen Beiträgen gespeist. Die Buchbinder-Krankenkasse hat einschl. Zahlung von Mutterschaftshilfe in 16 Fällen rund 18 000 Kronen ausgezahlt.

Tschechoslowakei.

„Das ärgste Jahr seit dem Bestande unserer Organisation“ nennt der Verbandsvorstand das Jahr 1931 in seinem Rechenschaftsbericht, den er jetzt in der „Buchbinder-Rundschau“ veröffentlicht. Die Weltkrise mit ihren Begleiterscheinungen lastet auch auf unserer tschechischen Bruderorganisation sehr schwer. Die Zahl der Arbeitslosen-Unterstützungstage stieg von 12 656 im Jahre 1929 auf 72 753 Tage im Jahre 1931. Neben diesen starken wirtschaftlichen Einwirkungen war der Verband aber auch noch sehr starken Wühlarbeiten innerhalb der Kollegschaft ausgesetzt, die ihn zu mehreren Ausschüssen zwangen.

Trotz dieser inneren und äußeren Einwirkungen hat es unser Bruderverband verstanden, seinen Mitgliederbestand von 3320 fast unverändert zu erhalten.

Aus dem Geschäftsbericht des Verbandes der Bucharbeiter von Belgien.

Anlässlich des für den 3. und 4. Juli einberufenen Verbandstages unterbreitet der Verbandsvorstand einen Geschäftsbericht, der von der guten Stabilität des Verbandes Kenntnis gibt. Das Jahr 1932 begann er mit 4497 Mitgliedern, von denen 2866 auf die Buchbinder und 1631 auf die Lithographen entfielen. — Im Jahre 1931 betrug der Zugang 470 Mitglieder, dem ein Abgang von 656 gegenübersteht; man wird also durchaus zustimmen können, wenn die Verbandsleitung selbst wie folgt urteilt: „Wir können daher erklären, daß die Grundlage unserer Organisation gesund und solide ist und daß wir uns in Sicherheit befinden vor der großen Fluktuation, die von der Arbeitsmarktlage in anderen Verbänden verursacht wird.“ Die durchschnittliche Zahl der arbeitslosen Mitglieder belief sich im Jahre 1930 auf 161, im Jahre 1931 dagegen auf 614, und da sich die Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung in entsprechendem Umfange erhöhten, hatte die gesondert verwaltete Arbeitslosenunterstützungskasse am Schlusse des Jahres 1931 bei der Verbandskasse rund 200 000 Franken Schulden, während sie im Jahre zuvor noch ein Vermögen von rund 100 000 Franken besessen hatte.

## Unsere Gautage.

### Gau Hanja.

Der am 4. und 5. Juni in Hamburg abgehaltene Gautag des Gau Hanja wurde von der Liedertafel Gutenberg mit einigen Kampfliedern eingeleitet. Nach kurzer Begrüßung der Delegierten und Gäste sprach Kollege August Hejn vom ADGB über „Die politische Situation und die Gewerkschaften“. Kollege Hejn beleuchtete blühartig die augenblickliche Situation. Die Regierung Brüning war nicht die unfrige, wir haben sie geduldet, um Schlimmeres für die Arbeiterschaft zu verhüten. Die entscheidende Beeinflussung des Reichspräsidenten durch die Großindustrie, das Großagrarertum und die Militärs hat das Kabinett Brüning erledigt. Die neue Regierung zeigt einen scharfen Rechtskurs und wird gestützt von den Nazis. Schwere Kämpfe gehen wir entgegen. In den kommenden Monaten wird die Verteidigung der grundsätzlichen und materiellen Rechte unsere Hauptaufgabe sein. Alle Abwehrmittel müssen bereitgehalten werden, um die reaktionären Absichten dieser Regierung zu verhindern. Der Referent ermahnte die Delegierten, die noch fernstehenden Berufsgewerkschaften der Organisation zuzuführen und aufklärend unter den irreführenden zu wirken. — Der Beifall zeigte, daß Delegierte und Gäste die Zeichen der Zeit verstanden haben. Mit einem feurigen Kampflied der Liedertafel Gutenberg fand die Kundgebung ihr Ende.

Zu Beginn der Sitzung am 5. Juni wurden die seit dem letzten Gautag durch Tod ausgeschiedenen Mitglieder in der üblichen Weise geehrt. Verstorben sind 34 Kollegen und 24 Kolleginnen.

In seinem Geschäftsbericht gedachte Kollege Braasch mit herzlichsten Worten des aus Gesundheitsrücksichten zurückgetretenen Kollegen Küster. — Er verwies auf den vervielfältigt vorliegenden Geschäftsbericht und brachte dabei zum Ausdruck, daß uns das letzte Jahr leider nur Verschlechterungen gebracht habe. Man müsse jedoch anerkennen, daß unsere Organisationen diese Verschlechterungen auf tariflichem Gebiete bedeutend mildern konnte. Die für die Arbeiterschaft so ungünstige Zeit hat es mit sich gebracht, daß die Unternehmer, die Lage ausnützend, versuchen, Bestehendes abzubauen. Es kann auch hier konstatiert werden, daß sich unsere Kollegenschaft gegen diese Abbaumaßnahmen tatkräftig zur Wehr gesetzt hat. Der Jugendbewegung müssen wir in Zukunft größere Beachtung schenken, denn nur ein gesunder Nachwuchs ist in der Lage, das Bestehende weiter auszubauen. Auch die Bildungsbefrebungen sind zu fördern, damit unsere Jugend Gelegenheit bekommt, sich im Beruf weiter auszubilden. Der Referent schloß seine Ausführungen mit dem Wunsch, daß das Zusammenarbeiten zwischen Gauverwaltung und den Mitgliedern auch in Zukunft so gut sein möge, wie seither — Kollege Thierbach gab den Delegierten ein vorzügliches Bild der Geschäftsarbeit. Die Lokalkasse hat sich verhältnismäßig gut gehalten. Eine Kassiererkonferenz im Mai 1931 beschäftigte sich mit technischen Fragen, seitdem ist eine reibungslose Abwicklung zu beobachten. Der Mitgliederstand hat noch einen kleinen Zuwachs zu verzeichnen. Die Zahl der Mitglieder beträgt 3200, von denen 1294 arbeitslos und 432 Kurzarbeiter sind.

In der Aussprache gaben die Delegierten kurze Berichte, wie es bei ihnen aussieht. Überall werden die Mitglieder durch Arbeitslosigkeit in Not gesetzt. Kollege Starke berichtet als Jugendleiter, wie leicht die heutige Jugend dem Nationalsozialismus verfällt, so daß hier eine große Gefahr abzuwehren ist. — Kollege Küster brachte seine Freude darüber zum Ausdruck, daß der Mitgliederbestand im Gau in der heutigen Notzeit so stabil geblieben ist. — Gauleiter Lohse vom Graphischen Hilfsarbeiterverband schilderte den augenblicklichen Stand in seinem Gewerbe. Die Unternehmer versuchen Bezirks- und Ortsarbeitslosenzuschüsse, was von den Hilfsarbeitern überall abgelehnt wird. — Kollege Braasch betonte, daß das Zusammenarbeiten der graphischen Verbände im Gau gut ist und versichert, daß wir die Hilfsarbeiter in ihrem Kampfe mit allen Kräften unterstützen werden. — Auch Kollege Prüter vom Buchdruckerverband brachte zum Ausdruck, daß im Zusammenarbeiten mit unserer Organisation entgegen der Ansicht des Kollegen Müller-Kiel nichts zu beanstanden sei. — Kollege Niemöller-Bübe beantragte, eine Dankadresse den Kollegen Küster und Hauelsen für ihre Verdienste in der Organisation zu übermitteln, ver-

bunden mit dem Wunsch um einen angenehmen Lebensabend. Der Antrag wurde einstimmig angenommen, desgleichen ein Antrag des Kollegen Ruhl-Hamburg, die Tätigkeit des Gauvorstandes in der verflochtenen Geschäftsperiode gutzuheißen und ihm für seine Tätigkeit den Dank der Mitgliedschaft auszusprechen. Im Schlußwort gibt Kollege Braasch einen Ueberblick über den Kampf gegen die Straf-anstaltsarbeiten in Bremen-Oslebshausen und in Hamburg. Er hob hervor, daß es für ihn eine Genugtuung sei, daß die Zahlstellenleitungen in dieser schweren Zeit eine gewisse Selbständigkeit an den Tag gelegt haben.

Den Bericht vom Verbandstag gab Kollege Konrad. Redner erörterte eingehend die gestellten Anträge und Beschlüsse. Die Delegierten glauben, durch ihre Arbeit in Leipzig das Bestmögliche für die Organisation getan zu haben. Kollege Konrad forderte die Delegierten auf, die Mitglieder im Gau davon zu überzeugen, wie notwendig der Eingriff in unser Unterstützungsweisen war, um die Schlagkraft der Organisation für zukünftige Kämpfe zu erhalten. — Die Aussprache bewegte sich in ruhigen Bahnen, die Beschlüsse des Verbandstages fanden bei den Delegierten volles Verständnis.

Nach Erledigung der Anträge entwickelte Kollege Braasch ein Bild über den augenblicklichen Stand unserer Tarifverträge. Er verwies darauf, daß sich die Verhandlungen immer schwieriger gestalten und daß sich unsere Kollegenschaft darauf einstellen muß, unter Ausschluß der Schlichtungsämter durch eigene Kraft ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verteidigen. Das erfordert, daß wir geschlossen zusammenstehen und alle noch fernstehenden Kollegen und Kolleginnen für die Organisation zu gewinnen suchen.

Als Tarifausschußmitglied wurde Kollege Braasch und zu Beiratsmitgliedern die Kollegen Konrad und Krohn in Vorschlag gebracht.

Mit einem Hoch auf unsere Organisation und die freien Gewerkschaften schloß Kollege Wünderich den Gautag, alle Delegierten ersehnd, das Gehörte unter den Mitgliedern zu verbreiten und im Interesse der Organisation zu verwerten.

## Ueber unseren Verbandstag

ist weiter in folgenden Zahlstellen berichtet worden:

Der Dresdener Mitgliedschaft war am 31. Mai Gelegenheit gegeben, zu den Ergebnissen des Verbandstages Stellung zu nehmen. Leider muß immer wieder festgesetzt werden, daß sich nur ein knapper Zehntel der Mitgliedschaft am Versammlungsleben beteiligt. Es sind diejenigen, bei denen nicht nur der Zweck der eigenen Berufsorganisation tiefergründige Aufnahme gefunden hat, sondern bei denen auch der Sinn und das Ziel der Arbeiterbewegung überhaupt fest verankert ist. Schon an der Ruhe, mit der die Berichte eine verständnisvolle Aufnahme fanden, war das Interesse der Anwesenden zu erkennen. Wenn auch in der Debatte eine Kritik gegen die tief einschneidenden Beschlüsse ausblieb, so wurde doch die Heraushebung der Kargen für die Invalidenunterstützung als zu schwer empfunden. Damit sei einem Teil der älteren Kollegen die Aussicht auf eventuellen Unterstützungsbezug genommen. Die vollständige Ablehnung der Pflichtbeiträge wurde als unverständlich betrachtet. Weiter habe der Ausfall der Beschlüsse des Verbandstages denen Recht gegeben, die innerhalb der zurückliegenden Zeit auf zeitentsprechende Änderungen drängten und damit überhaupt eine beweglichere Art der Anpassung an die jeweiligen Verhältnisse wünschten. Begrüßt wurde die Beibehaltung des Beirats. — Für das Schlußwort blieben nur noch einige Berichtigungen übrig, da in der Debatte bereits auf weitere Treue zum Verband an die Kollegenschaft appelliert und zur Mitarbeit aufgefordert worden war. Statutengemäß wurde die Neuwahl der zwei Angestellten vorgenommen, sie hatte ein positives Ergebnis. Nach einem Hinweis auf den Neuabschluß des Tarifes für Buchdrucker-Buchbinder und nach einer Bekanntgabe der Ablaufstermine für die örtlichen Tarife konnte die Versammlung geschlossen werden.

In der am 30. Mai stattgefundenen Mitgliederversammlung in Leipzig wurde vom Kollegen Haffner Bericht erstattet. Infolge ungünstiger Witterungsverhältnisse war der Besuch nicht befriedigend, doch wurde der Bericht mit dem größten Interesse entgegengenommen. Mit Genugtuung hat die Leipziger Buchbindereiarbeiterchaft die erstmalige Tagung des Verbandes in unserer Stadt begrüßt. Im Zeichen des wirtschaftlichen Niederganges standen die Delegierten wohl vor den schwersten Aufgaben, die jemals einem Verbandstag gestellt waren. Unter diesen Voraus-

setzungen muß die Stellungnahme gewürdigt werden, soweit es sich um Beitrags- und Unterstützungsfragen und um Fragen der Lohn- und Tarifpolitik handelt. Während Düsseldorf zu optimistischen Hoffnungen Anlaß bot, mußte in Leipzig alles getan werden, um die Finanz- und Schlagkraft der Organisation zu erhalten. Darum mußten erhebliche Eingriffe in das Unterstützungsweisen erfolgen, während auf der anderen Seite trotz gestenkten Lohnentommens die Organisation nicht auf die Mittel verzichten kann, die sie zu ihrer Erhaltung bedarf. Kollege Haffner ging dann ausführlich auf den Verlauf der Tagung ein und verwies darauf, daß den Leipziger Mitgliedern die vorzügliche Berichterstattung der „Leipziger Volkszeitung“ alle wichtigen Vorgänge des Verbandstages unmittelbar zur Kenntnis brachte. — Eine wertvolle Ergänzung des Berichtes wurde vom Kollegen Schabader über die Tätigkeit der materiellen Kommission gegeben.

In der sich anschließenden Aussprache wurde bemängelt, daß es der Verbandstag unterlassen hätte, eine klare Stellung zu den Gegenwartsfragen zu nehmen. Kollege Müller beschwerte sich über die Ausgestaltung der Deffenlichkeit beim Tagungsordnungspunkt „Lohn- und Tarifpolitik“. Treffend wurde vom Kollegen Adler die zwiespältige Haltung der Opposition in der Frage der Arbeitszeiterhöhung gekennzeichnet. Weiter wurden vom Kollegen Müller Behauptungen der oppositionellen Kollegen richtiggestellt und ihre Stellungnahme zur Bierzajstunde Woche kritisch beleuchtet.

Kollege Zinke hob hervor, daß auf dem diesmaligen Verbandstage außerordentlich scharfe Kritik am Verbandsvorstand geübt wurde. Daran solle man den Willen der Delegierten erkennen, ernsthafte Arbeit zu leisten. Zur Ausgestaltung der Deffenlichkeit ist zu sagen, daß es bei den Gewerkschaften üblich ist, Fragen innerster Natur nur in geschlossener Sitzung zu behandeln. Kollege Haffner stellte in seinem Schlußwort das Bemerkenswerteste des Verbandstages noch einmal in den Vordergrund. Die Arbeiterschaft befindet sich in Abwehrstellung. Unsere Aufgabe muß es sein, alle noch fernstehenden der Organisation zuzuführen. Wir haben die feste Zuversicht, auch diese Krise zu überwinden und den Weg für den Aufstieg freizumachen.

## Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes.

1. **Neue Quittungsmarken.** Von der 27. Beitragswoche ab, das ist die Woche vom 26. Juni bis 2. Juli, kommen neue Quittungsmarken zur Ausgabe. Die bisher im Gebrauch befindlichen alten Marken sind deshalb nur noch bis zum Ablauf der 26. Woche zu verwenden. Die neuen Quittungsmarken sind allen Kassierern der Gawe und Zahlstellen bereits zugesandt. Sollte diese Sendung irgendwo noch nicht eingetroffen sein, dann bitten wir um Nachricht.

2. **Berichtskarten zur Arbeitslosenstatistik** sind in den letzten Tagen allen Kassierern der Gawe und Zahlstellen übersandt worden. Desgleichen die Konjunkturberichtsarten für die Betriebe. Stichtag für die Zählung der Arbeitslosen ist der 25. Juni und für die Kurzarbeiter die Woche vom 19. bis 25. Juni.

Wir bitten sehr darum, alle Karten so zeitig abzugeben, daß sie spätestens am 3. Juli in unserem Besitz sein können.

3. **Liebenwerda:** Totalunterstützung wird nicht mehr ausgezahlt.

4. **Materialverkauf.** An die Kassierer aller Gawe und Zahlstellen sind in den letzten Tagen versandt worden:

1. Abrechnungsformulare und Ergänzungsbogen für den Abschluß des 2. Quartals;
2. Kassenausschlußformulare für die Kasserevisionen;
3. Berichtskarten an den Gauvorstand über einen Auszug aus der Quartalsabrechnung;
4. Die neuen Statutenanträge, gültig ab 1. Juli 1932. Weitere Exemplare sind nach Bedarf bei uns anzufordern.

### Adressenänderungen.

B = Bevollmächtigter K = Kassierer.

**Bremen:** B: E. Drögmöller, Teerhof 55, K: A. Hartmann, Buschstr. 25 I, Montags von 17 bis 19 Uhr im Buchdruckervereinshaus, Am Wall 82 I. **Auszahlung:** Wilh. Oppermann, Montags im Vereinshaus der Buchdrucker, Am Wall 82, 17 bis 19 Uhr, Dienstags bis Freitags 20 bis 21 Uhr, Kornstraße 121. **Der Verbandsvorstand.**